

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/209  
2. November 1971

Der Mann, der andere etwas lehren will

-----  
Allround-Experte Franz Josef Strauß im  
Scheinwerferlicht

Seite 1 / 49 Zeilen

Nur die Aussage der CDU/CSU fehlt!

-----  
Oppositionsalternative zur Steuerreform

Von Konrad Perzner SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses  
des Bundestages

Seite 2 / 36 Zeilen

Die UNO, China und die BRD

-----  
Neue Entwicklungen im New Yorker Staatenbund

Von Dr. Hermann Schmitt-Wochenhausen SPD-MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Zwanzig Jahre Seliger-Gemeinde

-----  
Ein bedeutsamer Faktor deutscher Friedens-  
politik

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Der Mann, der andere etwas lehren will

Allround-Experte Franz Josef Strauß im Scheinwerferlicht

Der Vorgang ist immerhin einmalig in der bisherigen bundesdeutschen Geschichte und sollte deshalb nicht gar so schnell zu den Akten gelegt werden oder in Vergessenheit geraten - was ja bisweilen denselben Effekt hat: Gemeint ist die herbe Kritik des Bundesrechnungshofes an der Beschaffung der "Starfighter"-Flugzeuge für die Bundeswehr durch den damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Registrieren wir noch einmal die entscheidenden Sätze des Berichts der obersten Rechnungsprüfer. Da heißt es:

"Beanstandet hat der Bundesrechnungshof vor allem, daß das Waffensystem abweichend von dem ordnungsmäßigen Geräteentstehungsgang - Entwicklung, Erprobung, Fertigung - gleichzeitig entwickelt und ohne Erprobung in Serie gefertigt worden ist und...

...daß das Bundesministerium den Verteidigungs- und den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages... nicht ausreichend und teilweise sogar unzutreffend unterrichtet hat".

Daß diese Beschaffung eines "nicht beschaffungsreifen Waffensystems" der Bundesrepublik keine Vorteile und keinen Zeitgewinn gebracht hat, sondern daß sie die Ausrüstung der Bundeswehr mit brauchbarem Gerät verzögert und die militärische Einsatzfähigkeit "über Jahre hinweg beeinträchtigt" hat, fügen die Rechnungsprüfer nach ihrer jahrelangen Untersuchung nachdrücklich hinzu. Der damals für unsere Sicherheit hauptverantwortliche Bundesminister Strauß hat das alles aber offenbar nicht erkannt - ein nicht gerade überzeugender Beweis für seine Qualifikation als Verteidigungsminister also.

Doch heute gibt sich Strauß ja auch nicht mehr als Verteidigungsexperte, heute ist er wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Opposition - und auch über seine Fähigkeit, völlig unnütze hohe Mehrausgaben zu verursachen, gibt der Bundesrechnungshof in seinem Bericht gewisse Auskunft, wenn er etwa über die "Starfighter"-Beschaffung schreibt: "Neben der Schwächung der materiellen und psychologischen Verteidigungskraft verursacht die überstürzte Beschaffung zusätzliche Ausgaben, die weit über das hinausgehen, was bei Einhaltung des ordnungsmässigen Geräteentstehungsganges unvermeidbar ist".

Die Rechnungsprüfer belegen das alles mit Beispielen, von denen hier nur dieses zitiert werden soll: "...kosteten dann die militärisch nur beschränkt brauchbaren Navigationsanlagen mit Ersatzteilen und Bodendienst- und Prüfgeräten insgesamt mehr als 700 Millionen DM. Allein für die Bordgeräte mußte dem Auftragnehmer ein Preis zugestanden werden, der um 40 Millionen DM höher war als der ursprünglich für Geräte mit brauchbaren Leistungsdaten veranschlagte Höchstpreis".

Kein Wunder, daß Strauß zutiefst getroffen ist und die Rechnungsprüfer der "Unfähigkeit und Erfahrungslosigkeit" zeilt. Die Beanstandungen haben ja seine wundeste Stelle getroffen - immochin will er doch die Bundesregierung das Wirtschaften und den Umgang mit Staatsfinanzen lehren. Nach diesem Bericht kann man freilich nur noch sagen - ausgerechnet! hm/ea/2.11.1971/ks

Nur die Aussage der CDU/CSU fehlt!

Oppositionsalternative zur Steuerreform

Von Konrad Porzner SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages

Sieben Monate nach Veröffentlichung des Gutachtens der Steuerreformkommission und viereinhalb Monate nach den Grundsatzbeschlüssen der Bundesregierung fehlt noch immer jede konkrete Stellungnahme der CDU/CSU.

Am 30. März dieses Jahres wurde das Gutachten der Steuerreformkommission Bundeskanzler Brandt übergeben; neun Monate später als spätestens vorgesehen. Am 11. Juni hatte die Bundesregierung Grundsätze und Eckwerte zur Steuerreform beschlossen. SPD und FDP stellten damit die Weichen für eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten. Im Juli wurde der Bericht der Steuerreformkommission der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht.

Inzwischen hat eine intensive Diskussion dieses Thema begonnen. Unternehmerverbände, Gewerkschaften und viele andere Organisationen nahmen Stellung zu den Regierungsbeschlüssen und erarbeiteten eigene Vorschläge. In Zeitungen und Fachzeitschriften, im Fernsehen und Rundfunk wird das Thema Steuerreform ausführlich diskutiert und kommentiert.

Nur die Stimme der CDU/CSU fehlt.

Obwohl der stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Stoltenberg erst jüngst erneut die große Bedeutung der Steuerreform hervorgehoben hatte, ist das Konzept der Opposition zur Steuerreform nicht einmal in groben Umrissen bekannt.

Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht wofür oder wogegen die Opposition ist. Die CDU/CSU ist der Diskussion bisher ausgewichen. Entweder ist sie nicht instande, zur Steuerreform etwas Konstruktives beizutragen oder sie hat an diesem gesellschaftspolitischen Thema kein Interesse.

Es ist jedenfalls außergewöhnlich, daß eine Partei, die sich sonst zu jeder Kleinigkeit äußert, zur Steuerreform bisher nichts beigetragen hat. Politisches Handeln besteht nicht nur darin, daß man etwas tut, sondern auch darin, daß man etwas unterläßt. Vielleicht ist die Äußerung des CSU-Politikers Dr. Dollinger gegenüber dem "Handelsblatt" im Mai dieses Jahres, das geltende Steuerrecht sei gut genug, der Grund für das Verhalten der Opposition. Vielleicht will die CDU/CSU gar keine gerechtere Verteilung der Steuerlasten.

(-/ex/2.11.1971/bgy)

+ + +

Die UNO, China und die BRD  
-----

Neue Entwicklungen im New Yorker Staatenbund

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Mit einer großen Mehrheit hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. Oktober entschieden, daß Peking den rechtmäßigen Platz Chinas im UNC-Palast in New York einnehmen soll. In erheblichen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit und auch anderswo in der Welt ist der Eindruck entstanden, daß mit dieser Entscheidung eine neue Krise auf die UNO zukommen könnte. Von anderen Beobachtern wird dagegen angenommen, daß sich damit für die Vereinten Nationen der Weg in einen neuen Abschnitt eröffne, welcher der UNO auch neue Chancen geben könne. Der Ausschluß der Vertreter Taiwans ist jedenfalls nicht ohne weiteres ein Präzedenzfall für den Ausschluß mißliebiger gewordener Mitgliedsstaaten, denn im Falle Chinas handelt es sich um die Frage, welche von zwei Regierungen den in der Satzung verankerten Sitz Chinas einnehmen könne. Ein Ausschluß von Mitgliedsstaaten ist möglich, wenn von keinem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ein Veto eingelegt wird. Erst dann kann sich die Vollversammlung überhaupt mit dem Ausschluß eines Mitgliedsstaates beschäftigen und sogar dann ist noch eine zweidrittel Mehrheit der Vollversammlung erforderlich, ganz abgesehen davon, daß die theoretische Möglichkeit zum Ausschluß eines Mitgliedes nur gegeben ist, wenn dieses beharrlich gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen hat.

Die Vereinten Nationen haben heute 131 Mitglieder, darunter mehrere Staaten mit weniger als einer halben Million Bevölkerung. Die Abwesenheit des mit über 700 Millionen volkreichsten Staates der Erde, der Volksrepublik China, hat die Arbeit der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren immer mehr erschwert. Diese Erkenntnis hat nicht nur bei den Parteigängern Pekings, sondern überall in der Welt und schließlich im Jahre 1971 auch bei der US-amerikanischen Regierung selber den Wunsch hervorgerufen, Peking endlich in New York vertreten zu sehen. Es ist nur zu verständlich, daß Washington das verbündete Taiwan nicht fallen lassen wollte.

Leider haben die USA mit ihrer neuen China-Politik zu spät begonnen, daß sich für Kompromisse schließlich keine Mehrheiten mehr fanden. Gerade diese Entwicklung zeigt aber, wie notwendig es ist, veränderte Verhältnisse in der Welt rechtzeitig zu erkennen und ihnen durch eine vorausschauende Politik Rechnung zu tragen.

Die im Sommer 1971 eingeleiteten amerikanisch-chinesischen Gespräche und der bevorstehende Besuch von Präsident Nixon in Peking eröffnen gleichwohl Aussichten, daß sich auch für die VN bessere Voraussetzungen dafür ergeben, daß sie den Aufgaben, die sich ihr stellen, gerecht werden. Von besonderem Interesse ist dabei, daß das bipolare Verhältnis in den VN zu Ende geht und die Mitgliedschaft von drei großen Weltmächten eine bessere Ausgewogenheit ermöglichen könnte. Vielleicht kann dann auch die allzu einseitige finanzielle Ausrichtung der VN auf die Vereinigten Staaten - sie haben bisher ein Drittel des Haushaltes aufgebracht - einer besseren Lastenverteilung Platz machen.

In dieser gegenwärtigen Situation blicken die VN mit verstärktem Interesse nach Europa:

1/ Westeuropa einigt sich. Der Weg Großbritanniens in die EWG und der Staaten Dänemark, Norwegen und Irland, die folgen, ist wohl jetzt frei.

2/ Die NATO und in ihrem Rahmen die Bundesregierung tragen dazu bei, die auch für die Existenz der VN gefährlichen Ost-West-Spannungen abzubauen.

Es ist daher nicht zuviel gesagt, wenn die Hoffnungen vieler in den VN dahingehen, daß diese Entwicklungen in Europa zu einem verstärkten Engagement Westeuropas und nicht zuletzt auch der Bundesrepublik in der VN führen. Die VN werden besser in der Lage sein, ihre eigentliche Aufgabe der 70er und 80er Jahre zu erfüllen, nämlich das Nord-Süd-Gefälle zu verringern. Bis die Bundesrepublik Mitglied sein wird, sollte sie die VN in der ganzen Vielfalt ihrer Aufgaben unterstützen. Damit kein Mißverständnis entsteht, was die VN von der BRD erwartet: Sie hofft vor allem auch auf die politische Mitarbeit der BRD.

(-/2.11.1971/ex/bgy.

## Zwanzig Jahre Seliger-Gemeinde

### Ein bedeutsamer Faktor deutscher Friedenspolitik

Vor zwanzig Jahren, Ende Oktober 1951, wurde im Einvernehmen mit den Führungsgremien der SPD in Brannenburg bei Rosenheim die Seliger-Gemeinde gegründet. An ihrer Wiege standen Wenzel Jaksch, Richard Reitzner und Ernst Paul Pate, alle drei herausragende Repräsentanten der ehem. Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei. Diese Partei, deren Tätigkeit durch das Münchner Abkommen ein vorläufiges Ende fand, hatte ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus bitter zu büßen. Die Seliger-Gemeinde, die jetzt in Brannenburg ihren 20. Geburtstag beging, erwarb durch ihr Wirken internationalen Respekt.

Diese Gesinnungs- und Treuegemeinschaft hat sich den Namen eines Mannes gegeben, dessen Kampf der Verwirklichung von Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der sozialen Gerechtigkeit galt. Josef Seliger gehörte zu den Vätern des Nationalitätenprogramms der österreich-ungarischen Sozialdemokratie, das in visionärer Schau am Ausgang des letzten Jahrhunderts vieles von dem vorwegnahm, was heute als Wertetafel für das Zusammenwirken zwischen Völkern und Staaten als erstrebenswert und notwendig anerkannt wird. Nach dem Zerfall der K - K-Doppelmonarchie wurde Josef Seliger der anerkannte Führer der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Schon von Tode gekennzeichnet führte er auf dem Karlsbader Parteitag 1920 die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und rettete seine Partei vor deren Zugriff. Josef Seliger fand würdige Nachfolger. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie, inspiriert von seinem Geist, führte in der Folgezeit einen harten Kampf um nationale Selbstbehauptung und die soziale Besserstellung der arbeitenden Menschen. Sie widerstand den Versuchungen des Nationalismus und Rassismus, auch in einer Zeit, in der solcher Widerstand mit Lebensgefahr verbunden war. Sie suchte die Verständigung mit den slawischen Völkern, weil sie darin eine Voraussetzung für einen gesicherten Frieden in Europa sah.

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges hat die europäische

Landschaft gründlich umgestaltet. Das Erbe Josef Seligers hat jedoch nichts von seiner Bedeutung verloren, es hat sogar an Bedeutung gewonnen. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten, voll integriert in der SPD, betrachten sich nicht nur als treue Sachverwalter des Gedankengutes Seligers und nicht allein nur als Bewahrer einer stolzen Tradition, sie fühlen sich auch verpflichtet, dieses Erbe zu vermehren und eigene Ideen im Ringen um eine gesicherte europäische Friedensordnung einzubringen. Hier sei nur an Wenzel Jaksch erinnert, der die Fähigkeit geschichtlicher Zusammenschau besaß und der mit seinem ersten Bericht über deutsche Ostpolitik im Jahre 1964 mit die Grundlagen für die auf Ausgleich und Verständigung auch mit den Staaten des Ostens bedachte Politik der sozialliberalen Koalition gelegt hat. Von diesem Geiste erfüllt sind auch die Bemühungen der Seliger-Gemeinde selbst, ihren Teil zu einer dauernden Verständigung mit den Völkern der Tschechoslowakei beizutragen.

Das SPD-Präsidiumsmitglied Alfred Nau hat als Vertreter des SPD-Parteivorstandes die wertvollen Anregungen der sudetendeutschen Sozialdemokraten für eine Verständigung mit Prag hervorgehoben. Das gilt auch für die Bewertung des Münchner Abkommens, über das sich nicht nur in der sudetendeutschen Landmannschaft die Geister scheiden. Dieser Streit hilft aber nicht weiter. Das Münchner Abkommen, eingepreßt in das Bewußtsein der Völker als ein Akt räuberischer Erpressung, ist tot. Nun gilt es Regelungen zu treffen, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen und die Schatten, die zwischen beiden Völkern liegen, endgültig beseitigen und ein Leben nebeneinander ermöglichen. Der Weg dazu hat sich aufgeheilt, die Konturen einer dauernden Lösung zeichnen sich ab, wenn auch noch viel schwieriges Gelände zu durchschreiten ist.

Zwanzig Jahre Seliger-Gemeinde - das bedeutet Zuspruch und Ermunterung für jede Politik, die den Ausgleich in Europa sucht, den Frieden stärkt und sicherer macht und die Verständigung mit den slawischen Völkern als eine Lebensnotwendigkeit für Europa ermöglicht. Das bedeutet aber auch eine unerbittliche Kompfensage gegen nationalistische Verblendung und Verführung, die soviel Unheil in Europa und der Welt ausgelöst haben. Die Seliger-Gemeinde ist zu einem bedeutsamen Faktor deutscher Friedenspolitik geworden. Die deutsche Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Kräfte wissen dies wohl zu würdigen.

(ao/ex/2.11.1971/ks)